

ben werden.

Diese neuen alten sozialistischen Monopolisten, die althergebracht 40 Jahre lang das Politbüro gefüttert haben, füllen heute noch schneller die eigenen Taschen. Sie kochen schon viel zu lange ihr „Maggistüppchen“ ohne DDR-Zutaten - zum Nachteil der Bevölkerung.

(Beifall bei CDU/DA)

Deshalb bin ich der Meinung, daß diese unseriösen Händler - gleich wo - zu Minikonditionen dort durch die Treuhänder angesiedelt werden müssen, wo sie der Bevölkerung keinen Schaden durch ihren Handel und Wandel zufügen können.

(Beifall bei CDU/DA)

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Es herrschen doch längst die Westhändler.)

Wenn sie nur herrschen würden, dann hätten wir wenigstens einen ausgewogenen Wettbewerb. Darüber sind wir uns doch im klaren. Und mit diesem ausgewogenen Wettbewerb würde doch ein Preisregulativ geschaffen werden, das unserer Bevölkerung doch nur zugute kommt.

(Demloff, PDS: Dann gäbe es doch nicht die Probleme der Dritten Welt.)

Ich bin der felsenfesten Überzeugung: Wenn diese ordentliche Wettbewerbssituation in einer sozialen Marktwirtschaft in allen Bereichen geschaffen wird, dann könnte diese Warenkorbrechnung wirklich zur Realität werden, die wir eingangs zur Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion hier demonstriert haben. Glauben Sie nicht, daß ich sehr enttäuscht darüber bin, daß diese Bemühungen der CDU/DA-Fraktion als auch die Bemühungen der Koalitionsparteien durch diese eigenartigen Handlungsweisen, ich sagte wohl gemerkt schon: sabotageähnlichen Handlungsweisen, zum Unfrieden im Lande beitragen.

(Beifall bei CDU/DA - Zuruf von der PDS)

Ich würde gerne nachher Ihre Fragen beantworten!

Lassen Sie mich noch ein paar Gedanken zu ein paar anderen Dingen darstellen, die meiner Meinung nach auch unser aller Überlegungen betreffen. Diese Positionierung, die ich eben zu einer sehr wichtigen Situation im Lande gegeben habe, ist für die CDU/DA-Fraktion und, ich glaube, für viele von uns in diesem Hause sehr wichtig, weil sich die Christdemokraten auch im Bündnis mit unseren Koalitionspartnern und damit auch mit ihren Wählern für die rasche Verwirklichung der staatlichen Einheit ohne „Wenn und Aber“ ausgesprochen haben. Dieser Wille fand seinen Ausdruck im von der Volkskammer ratifizierten Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.

Seit dem 1. Juli 1990 geht es mit dem Vertrag zur Einigung der deutschen Staaten um den entscheidenden Schritt, wie eingangs gesagt, und ich glaube, das ist die schwierigste Aufgabe oder eine noch schwierigere Aufgabe, die wir zu bewältigen haben, als die, die wir mit der Bewältigung des Vertrages zur Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schon einmal gestellt haben.

Dieser Vertrag soll im wesentlichen de jure Deutschland zusammenführen, das für mich de facto seit dem 1. Juli 1990 schon als Ganzes existiert.

(Vereinzelte Beifall bei CDU/DA)

Der Einigungsvertrag soll den Rahmen für die staatliche und völkerrechtliche Einheit und für die Voraussetzung für das Zusammenwachsen von Land und Menschen schaffen. Der weitere Prozeß der Vereinigung wird diesbezüglich in drei Phasen ablaufen.

Die erste Phase möchte ich umschreiben mit einer legislativen Regelung durch die Volkskammer bis zum Beitritt der DDR, über dessen Modalität Übereinstimmung - und dessen bin ich mir sicher - bei den Koalitionsparteien besteht.

Die zweite Phase beinhaltet Regelungen im Einigungsvertrag mit Wirkung ab Beitritt der DDR.

Die dritte Phase beinhaltet Regelungen für die künftigen gesamtdeutschen Gesetzgebungsorgane nach vollzogenem Beitritt - Phasen, die es zeitlich differenziert zu betrachten gilt.

Dazu haben wir uns in der CDU/DA-Fraktion den Standpunkt erarbeitet, daß das Meinungsspektrum der Bürger seit Herbst 1989, meine sehr verehrten Damen und Herren von Bündnis 90 und Grüne und allen Demokratiebewegungen in unserem Lande, und mit den Wahlen des Jahres 1990 in dem zu wählenden deutschen Parlament widerspiegeln muß. Wir müssen auch daran denken, diesem gesamtdeutschen Staat einen neuen Namen zu geben: Deutsche Bundesrepublik.

Das ist eine Überlegung, die sicherlich noch nicht von allen mitgetragen werden kann. Mit anderen Worten, die Bewegungen, die glauben, das Spiel im Orchester der Demokratie vielleicht gerade uns, der Christlich Demokratischen Union, gelehrt zu haben, haben mit dieser Haltung der CDU die berechnete Chance, das deutsche Parlament demokratisch zu beleben.

Deshalb halten wir zwei Wahlgebiete für ein Gebot der Fairness. Man sollte den politischen Kontrahenten nicht mit wahlarithmetischer Taktik, sondern mit den Mitteln der Demokratie begegnen, und da bin ich ein wenig im Widerspruch zu dem, was meine verehrten Kollegen vom Bündnis 90 und Grüne soeben hier haben sagen wollen.

Ich wiederhole noch einmal: Die CDU/DA-Fraktion ist nicht für wahlarithmetisches Taktieren, sondern sie will mit den Mitteln der Demokratie demokratische Rechtsformen bewahren und auch durchsetzen.

(Vereinzelte Beifall bei CDU/DA und Bündnis 90/Grüne)

Manch einer denkt diesbezüglich anders in dieser Kammer, ich habe es wohl erst gestern abend in einer „Spiegel“-Ausgabe gelesen, spricht von „schwankendem Boden“ in der politischen Meinungsbildung der Christdemokraten, wenn die von uns gedachte Sperrklausel mit dem Anspruch aller Parteien auf gleiche Behandlung begründet wird.

Ich halte mich bei diesem Problem an Bundeskanzler Kohl, dessen politische Vision und Aktion seit über 20 Jahren die deutsche Einheit ist, der zu diesem umstrittenen Punkt im Einigungsvertrag sagte: „Ich möchte den sehen, der am Wahlrecht die deutsche Einheit scheitern läßt.“ Ich möchte noch am Ende auf all diese Dinge zu sprechen kommen, die wir auch schon angedacht haben.

Wir schließen uns den Gedanken an, daß die Bundesrepublik und die DDR vereinbaren, nur notwendiges Bundesrecht für die staatliche Einheit sofort in Kraft zu setzen, ansonsten DDR-Recht gelten zu lassen, bis die gesamtdeutsche Angleichung im Rechtssystem stattgefunden hat.

Ich möchte im weiteren darauf hinweisen, daß wir in allen unseren Überlegungen der CDU/DA-Fraktion zum Einigungsvertrag sicherheitspolitische Konsequenzen eingepplant haben, um nach der Vereinigung für Europa in Anlehnung an die 4 + 2-Gespräche auch die Einbindung Deutschlands in ein Sicherheitsbündnis zu bedenken, ohne ABC-Waffen, das die freiheitlich demokratische Rechtsordnung in einem geeinten Europa garantiert. Jedenfalls kann und darf Deutschland nicht neutral sein.

Schließlich ist für die Länder auf dem Gebiet der DDR Hilfe rasch auf den Weg zu bringen.

Ich möchte hier noch einen Vorschlag einreichen. Wir brauchen beispielsweise ein Förderungs- oder Aufbauministerium, in dem die Förderung der Wirtschaft, der Infrastruktur, der Landwirtschaft, um nur einige Beispiele zu nennen, in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin vorangetrieben wird.

(Vereinzelte Beifall bei CDU/DA)

Am Rande bemerkt: Die Einigung von Berlin wird übrigens schneller vorangehen, als sich diese Prozesse in der Deutschen Bundesrepublik gestalten.

In diesem von mir genannten Aufbau- oder Förderungsmini-